

Solarbranche in Erklärungsnot

Deutsche Solaranbieter sind auf chinesische Lieferanten angewiesen, die wegen Zwangsarbeit in Verruf geraten sind. US-Sanktionen erhöhen nun den Druck.

D. Heide, M. Koch, K. Witsch

Es ist nur ein einziges chinesisches Unternehmen, gegen das US-Präsident Joe Biden vor wenigen Tagen eine Einfuhrsperre erlassen hat. Aber die Entscheidung bringt fast die gesamte deutsche Solarindustrie in Erklärungsnot. Die USA werfen Hoshine vor, Zwangsarbeiter in der Provinz Xinjiang einzusetzen. Das Unternehmen ist ein Schlüssellieferant der Solarbranche, es stellt Vorprodukte für Anlagen her, die auch auf deutschen Dächern landen.

Bislang halten sich Bundesregierung und Branchenvertreter beim Thema Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang zurück. Erste Firmen haben aber Konsequenzen gezogen. So bezieht Wacker Chemie nach Informationen des Handelsblatts seit Ende 2020 kein Silizium-Metall mehr aus der chinesischen Provinz.

Die EU will mit einem Gesetz Importverbote für Güter ermöglichen, die aus Regionen stammen, in denen es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt. Diplomaten warnen, dass China zum ersten Anwendungsfall des neuen Instruments werden könnte.

Solkonzerne wie BayWa Re oder der Energieversorger EnBW verlangen von ihren Lieferanten zwar schriftliche Erklärungen, dass ihre Produkte ohne Zwangsarbeit hergestellt wurden. Kontrollieren lässt sich das aber nicht. "Gar keine Module mehr aus China zu beziehen ist schlicht keine Option, wenn wir die Energiewende fortsetzen wollen", sagte Jochen Hauff, Strategiechef bei BayWa Re. Denn: Über 70 Prozent der weltweit verbauten Solaranlagen stammen aus China. D. Heide, M. Koch, K. Witsch /// Solarbranche in Erklärungsnot //

Von dem Problem sind Unternehmen wie Wacker Chemie, die Vorprodukte für Solarmodule fertigen, genauso betroffen wie die Betreiber von Solarparks wie BayWa Re, EnBW, IBC oder MVV Energie, die fertige Module im großen Stil aus China einkaufen. "Jede Solarzelle besteht statistisch gesehen zur Hälfte aus Silizium aus der Provinz Xinjiang", sagt Solarexperte Götz Fischbeck, von der Beratungsagentur Smart Solar Consulting. Wo das Silizium genau verarbeitet wird, "ist in China kaum nachvollziehbar".

Im Mai hatte die britische Sheffield Hallam Universität in einem ausführlichen Report dargelegt, wie die Solarindustrie, neben anderen Branchen, in die menschenrechtsfeindlichen Arbeitsbedingungen im Nordwesten Chinas verwickelt ist. Recherchen des Handelsblatts bestätigen die Ergebnisse des Reports auch mit Blick auf die deutsche Solarbranche: zahlreiche Anlagen auf deutschen Äckern, Feldern und Häusern wurden mit in Xinjiang hergestellten Materialien produziert. Mit Wacker Chemie hat jedoch bislang lediglich ein großes Unternehmen seine Lieferbeziehungen in die betroffene Region seit Bekanntwerden der Vorwürfe beendet.

Das Image der Branche droht schweren Schaden zu nehmen, wenn Klimaschutz auf Kosten der Menschenrechte geht. Die Bundesregierung zeigt sich bei dem Thema jedoch bislang zurückhaltend. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts ließ wissen, dass man die chinesische Regierung aufgrund der "besorgniserregenden" Situation "ausdrücklich und regelmäßig" auffordere, "Repression und Menschenrechtsverletzungen zu beenden" und unabhängigen Beobachtern ungehinderten Zugang zu gewähren. Die Frage, ob ein ähnliches Vorgehen wie in Washington auch von der Bundesregierung geplant sei, ließ man dagegen unbeantwortet.

Deutlichere Worte kommen aus Brüssel. "Die EU ist tief besorgt über die Situation der Uiguren und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten in Xinjiang", sagte ein Sprecher der Kommission und verwies auf ein "großes Netzwerk von politischen Umerziehungslagern, weit verbreiteter Überwachung und systematischer Einschränkungen der Religions- und Glaubensfreiheit". Auch "Berichten über Zwangsarbeit, Zwangssterilisation und Zwangsgeburtenkontrolle" beschäftigten die Kommission. Im März hatte die EU Sanktionen gegen Provinzfunktionäre aus Xinjiang verhängt, denen sie vorwirft, für "willkürliche Verhaftungen und Zwangsarbeit" verantwortlich zu sein. Die Beziehungen zur Volksrepublik sind seither schwer belastet. Den US-Sanktionen gegen Hoshine schließt sich die EU zwar nicht an, bereitet aber ein Lieferkettengesetz vor, das Unternehmen verpflichten soll, die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten auch bei ihren ausländischen Zulieferern zu garantieren.

Die Kommission will nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag präsentieren, der auch die Möglichkeit umfassen soll, Importe aus bestimmten Regionen pauschal zu verbieten. "Vorbehaltlich der Ergebnisse der Folgenabschätzung wird dies wirksame Maßnahmen beinhalten, um sicherzustellen, dass Zwangsarbeit keinen Platz in den

Wertschöpfungsketten von EU-Unternehmen findet", sagte ein Kommissionssprecher. Die Sanktionsgesetze der Amerikaner dienen der EU dabei als Vorbild.

Am Donnerstag vergangener Woche hatte die US-Regierung in Washington die Einfuhr jeglicher Produkte von Hoshine untersagt. Zusätzlich wurden fünf chinesische **Solarunternehmen** auf eine schwarze Liste gesetzt und dürfen nicht mehr von US-Firmen beliefert werden. Mehr als eine Million Menschen soll die chinesische Regierung in der Region Xinjiang im Westen des Landes in Internierungslager gesteckt haben. US-Außenminister Antony Blinken hatte das Vorgehen als "Völkermord" bezeichnet.

Zugleich aber ist Xinjiang so etwas wie die Herzkammer der globalen **Solarindustrie**. In der Region wird aus Quarzsand der wichtigste Rohstoff für nahezu jedes Modul hergestellt: Silizium-Metall. Hoshine ist der weltweit größte Produzent und hat in Xinjiang mit Abstand die meisten Kapazitäten für die Herstellung des wichtigen Materials. Das liegt vor allem an den günstigen Stromkosten, die durch den staatlich subventionierten Kohlestrom in der Region unschlagbar niedrig sind. Die Herstellung und Verarbeitung des Rohstoffs verschlingt Unmengen an Energie. Die Abhängigkeit von China für die **Solarbranche** ist daher auch klimapolitisch problematisch.

Sein Silizium-Metall verkauft Hoshine maßgeblich an vier große Unternehmen, ebenfalls mit Standorten in Xinjiang: Daqo, TBEA, GCL und East Hope. Sie verarbeiten das Material weiter zu dem für die **Solarindustrie** bedeutendsten Bestandteil: Polysilizium. Es wird in Form von Wafern in der Solarzelle verbaut und landet so im fertigen Modul. Fast die Hälfte des weltweit produzierten Polysiliziums stammt aus Xinjiang. Dem Report der Sheffield Hallam Universität zufolge beliefert Hoshine acht der globalen Top-Produzenten, die 2020 zusammen knapp 90 Prozent des weltweit hergestellten Polysiliziums produziert haben.

Deutsche Unternehmen wie die Energiekonzern BayWa Re, EnBW und andere kaufen wiederum die Module chinesischer Marktführer wie Trina, Jinko, Longi oder JA **Solar**, die das Polysilizium in ihren Produkten verarbeiten - so landen die mutmaßlich unter Zwangsarbeit hergestellten Module als vermeintlich "saubere" Energie in Deutschland und dem Rest der Welt.

Eine Kontrollmöglichkeit gibt es nicht "Auch wir haben in der Vergangenheit Projekte mit Modulen von Unternehmen durchgeführt, deren vorgelagerte Wertschöpfungsketten jetzt teilweise unter dem Verdacht der Zwangsarbeit in der chinesischen Region Xinjiang stehen", sagte Hauff von BayWa Re. Man arbeite an Alternativen, habe im Februar eine Taskforce gegründet, die sich mit dem Thema auseinandersetze, aber eine einfache Lösung bislang nicht gefunden.

Das Problem ist die offizielle Aussage aus Peking: Es gibt keine Zwangsarbeit in Xinjiang. Das hätten ihm auch alle seine Lieferanten schriftlich versichert, so Hauff. Eine Möglichkeit, das zu kontrollieren, gibt es für die Münchener aber nicht. Man könne nicht so einfach dort hinfahren und die Fabriken inspizieren, heißt es. Das Problem beschreiben hinter vorgehaltener Hand auch Vertreter anderer Unternehmen.

Auf die Sanktionen gegen heimische **Solarfirmen** hat China deutlich reagiert. Die USA versuchten, die industrielle Entwicklung von Xinjiang zu lähmen und der Region Armut und Arbeitslosigkeit aufzuzwingen, sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Die Sanktionen basierten "auf der Grundlage von Lügen und Desinformation". China werde alle "notwendigen Maßnahmen" ergreifen.

Besonders heikel: Brancheninsider berichten, dass chinesische Unternehmen von der Regierung angehalten sind, ausländische Konzerne zu melden, die schriftliche Versicherungen fordern, um sicherzustellen, dass ihre Produkte nicht aus Xinjiang kommen. Über die Gründe dafür kann man derzeit nur spekulieren. Einer könnte sein, dass sich die chinesische Regierung vorbehalten will, diese ausländischen Unternehmen ihrerseits zu bestrafen. Erst vor Kurzem hat der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses dafür mit einem neuen Sanktionsgesetz auch eine rechtliche Grundlage geschaffen. Das "Anti-Auslands-Sanktions-Gesetz" ist zwar sehr vage, wird jedoch von vielen so interpretiert, dass es die Möglichkeit schafft, Unternehmen in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt vor Gericht zu bringen, wenn diese sich an Sanktionen aus dem Ausland halten. Das Gesetz hatte für zusätzliche Unsicherheit bei Firmen gesorgt, die mit China Geschäfte machen. Viele Optionen bleiben deutschen Unternehmen deswegen nicht.

Einfach den Lieferanten wechseln können nur die wenigsten. So bezieht Wacker Chemie als ehemaliger Kunde von Hoshine sein Silizium-Metall nun von anderen Herstellern. Auch Meyer Burger kann laut eigener Aussage beim Einkauf der Wafer-Halbleiter für die Solarzellproduktion in Sachsen-Anhalt ausschließen, dass Rohstoffe aus der betroffenen Region verarbeitet wurden, ebenso wie der Dresdener Modulhersteller **Solarwatt** beim Einkauf der in seinen Modulen verbauten Zellen.

Für Unternehmen wie BayWa Re oder EnBW, die erst das fertige Modul abnehmen, ist die Wertschöpfungskette dagegen deutlich schwerer nachvollziehbar. "Wir verbringen viel Zeit damit zu versuchen, die Situation zu durchblicken und mit den Verbänden daran zu arbeiten, mehr Transparenz reinzubringen. Eine einfache Lösung gibt es leider nicht, aber wir arbeiten weiter daran", sagte BayWa-Re-Manager Hauff.

Lieferanten weisen Vorwürfe von sich Auf mehr als eine schriftliche Versicherung, dass die direkten Lieferanten unter Achtung der Menschenrechtsstandards arbeiten, kann sich aber auch EnBW nicht berufen. Auf Anfrage schreibt das Unternehmen, dass man seine beiden Hauptlieferanten mit den Vorwürfen konfrontiert habe, "derzeit liegen weder den Lieferanten noch uns Kenntnisse über Menschenrechtsverletzungen dieser Art in der Lieferkette vor." Einer der Lieferanten ist der chinesische Modulhersteller Trina **Solar**, der sein Polysilizium nachweislich unter anderem von dem Unternehmen Daqo bezieht, das

Berichten zufolge ebenfalls Zwangsarbeiter in seinen Werken einsetzt und wiederum einer der größten Kunden von Hoshine ist. EnBW versichert, dass seine Lieferanten "Zwangsarbeit verurteilen". Trotzdem führe man aufgrund der aktuellen Entwicklungen eine vertiefte Risikoanalyse durch, "aus der wir, sofern notwendig, weitere Maßnahmen ableiten".

Zwar gibt es mittlerweile ein paar Firmen in China, die versuchen, eine Art der Qualitätssicherung für eine Xinjiang-freie Produktion sicherzustellen. "Aber so ein System ist natürlich anfällig für Schwindel, und inwieweit sich die chinesischen Modulhersteller überhaupt überprüfen lassen, ist ebenfalls nicht gesagt", sagte Johannes Bernreuter, Chef des auf Polysilizium spezialisierten Marktforschungsunternehmens Bernreuter Research.

Alternativen gibt es in seinen Augen allerdings genug - die Industrie müsse sie nur nutzen. "55 Prozent der weltweiten Polysilizium-Produktion werden außerhalb von Xinjiang hergestellt. Für die Solarindustrie in Europa und den USA würde das reichen", ist Bernreuter überzeugt.

Der Bundesverband der deutschen Solarwirtschaft ebenso wie der europäische Solarverband Solar Europe sehen das "völlige Verbot von Produkten aus Xinjiang oder die Anwendung von Zöllen wie in den USA" trotzdem kritisch. Stattdessen müsse, auch im Rahmen des neuen deutschen Lieferkettengesetzes, die Transparenz der globalen Wertschöpfungskette gemeinsam mit der Politik verbessert werden.

Die europäischen Solarunternehmen fordern außerdem den Aufbau von Produktionskapazitäten in Europa selbst. "Im letzten Jahrzehnt hat sich die Solarindustrie fast vollständig nach China verlagert, nachdem sie in Deutschland noch vor weniger als zehn Jahren eine weltweit führende Position innehatte", klagt Detlef Neuhaus, Chef von Solarwatt. Erst seit Kurzem seien Arbeitsbedingungen und CO₂-Emissionen in den Augen der Öffentlichkeit wieder wichtiger geworden als der ständige Fokus auf den niedrigsten Preis. Ein paar Solarunternehmen sehen auch Sanktionen als mögliche Option. Folgen Brüssel und Berlin dem Beispiel aus Washington, "würden wir das begrüßen", sagte Gunter Erfurt, CEO des Modulherstellers Meyer Burger. So oder so müsse etwas passieren. "Die Kapazitäten müssen entweder anderswo aufgebaut oder so strukturiert werden, dass eindeutig nachzuweisen ist, dass es nicht von den betroffenen Unternehmen oder aus der betroffenen Region kommt", sagte Solarexperte Fischbeck. Erst dann kann Solarenergie wirklich nachhaltig sein. Kathrin Witsch, Dana Heide, Moritz Koch

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir verbringen viel Zeit damit, zu versuchen, die Situation zu durchblicken.

Jochen Hauff

Strategiechef BayWa Re

45 Prozent des weltweit produzierten Polysiliziums kommen aus der Region Xinjiang in China.

Quelle: Bernreuter Research

Jede Solarzelle besteht statistisch gesehen zur Hälfte aus Silizium aus der Provinz Xinjiang.

Götz Fischbeck

Solarexperte

Heide, D.

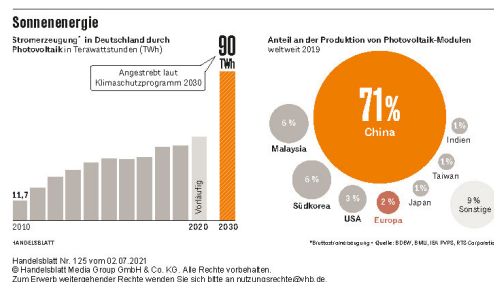
Heide, Dana

Koch, M.

Koch, Moritz

Witsch, K

Witsch, Kathrin



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 125 vom 02.07.2021 Seite 003
Ressort:	Thema des Tages
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B
Börsensegment:	sdax mdax
Dokumentnummer:	55677FC3-B782-4E65-B04F-12A19DD87667

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_55677FC3-B782-4E65-B04F-12A19DD87667%7CHBPM_55677FC3-B782-4E65-B04F-1

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH